

1. Fortsetzung der Budgetberatung

IPR 0150

Projektierung Kreisel Kreuzstrasse, Neuhausen

Andreas Neuenschwander (SVP): Im Budget sind 200'000 Franken eingestellt und ich hätte gerne eine Auskunft. Ist die definitive Verkehrsführung an der Kreuzstrasse bereits geplant?

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): IPR150 ist Teil der flankierenden Massnahmen zum Galgenbucktunnel. Es ist im Rahmen des Agglomerationsprogramms ein Projekt und es geht darum, Entscheidungsgrundlagen zu finden, ob die Sanierung der Kreuzstrasse im Rahmen der flankierenden Massnahmen als Kreisel oder als Lichtsignalanlage ausgestaltet wird. Beide Varianten haben Vor- und Nachteile. Es geht insbesondere auch darum, eine genaue Kostenprognose machen zu können. Schlussendlich geht es auch darum, wer die Mehrkosten bezahlt, die ein Kreisel auslöst und grundsätzlich sind wir natürlich auch in engem Gespräch und Austausch mit Neuhausen. Es ist ganz wesentlich, was Neuhausen schlussendlich möchte und auch bereit ist, daran zu zahlen.

IPR 0037

Erdbebensicherheit Werkstatt und Fahrzeughalle 1 des Werkhofes

Andreas Schnetzler (EDU): Es ist noch nicht lange her, seit wir den Werkhof eingeweiht haben und ich frage mich schon, weshalb die Erdbebensicherheit in dieser Gesamtsanierung auch von den bestehenden Gebäuden nicht mitberücksichtigt wurde. Ich musste meinen Rinderstall erdbebensicher machen. Das ist der einzige Teil des Hofes, der erdbebensicher ist. Aber warum? Das gibt Arbeit und hohe Kosten. Darüber lässt sich nicht spassen. Ich frage mich schon, weshalb man mit einem Antrag von 150'000 Franken zur Nachrüstung von Gebäuden, die innerhalb des Werkhofes sind, kommt.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Das Projekt, das die Zusammenführung der Tiefbauämter vom Kanton und Stadt Schaffhausen beinhaltete, hat nicht in den Bestand der nicht betroffenen Gebäude eingegriffen, sondern das Verwaltungsgebäude wurde angepasst und neue Räumlichkeiten geschaffen. Die Bestandesbauten auf dem Werkhofareal wurden hingegen noch nicht saniert.

Sie sehen bei IPR 0037 eine Tranche für die Projektierungsarbeiten für die Erdbebensicherheit und die energetischen Massnahmen des Werkstattgebäudes, welche schlussendlich in den Jahren 20/21 und 22 erfolgen sollen.

IPR 0005

Rückefahrzeug

Marianne Wildberger (AL): Sie werden staunen, dass von der linken Seite ein Streichungsantrag kommt. Es geht um die Streichung des Rückefahrzeugs. Ich möchte das kurz begründen: Die Erde ist ein lebendiger Organismus. In einer Handvoll Erde leben mehr Bodenorganismen, als es Menschen auf der Erde gibt. Diese Bodenlebewesen sorgen für gesunden, fruchtbaren Boden. Sie bilden neuen Humus, welcher wiederum Pflanzen und Bäume mit Nährstoffen versorgt. Die unterirdischen Bodenbewohner lockern mit ihren Höhlen und Gängen die Erde. So ist sie gut belüftet und kann genügend Wasser speichern, um Trockenperioden zu überstehen. Eine solch schwere Maschine, wie sie im Budget gefordert wird, drückt die lockeren Strukturen der Böden zusammen und gefährdet die Fruchtbarkeit der Erde. Sie ist nicht mehr genügend durchlüftet. Sie fault, gärt und scheidet vor allem Methan und Lachgas aus, die um ein Vielfaches schädlicher sind als CO₂. Zudem sind diese Böden nicht mehr in der Lage, selber CO₂ zu binden. Ein gesunder Boden hat eine Speicherfähigkeit von 30 Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter. Bis jetzt wissen die Wissenschaftler nicht, wie so verdichteter Boden regeneriert werden kann. Zudem kann er nicht mehr genügend Wasser speichern, was wiederum die bereits angespannte Situation durch die zunehmende Hitze und Trockenheit verschärft. Das macht die Bäume und ganze Wälder anfällig, krank zu werden. Der Verlust vitaler, fruchtbarer Erde gehört ökologisch zu den grössten Problemen unserer Zeit und wird noch viel zu wenig wahrgenommen. Es ist mir klar, dass es für die Waldarbeiter eine Erleichterung wäre. Angesichts der dramatischen Folgen aber braucht es Fantasie, sicher auch Geld und wahrscheinlich mehr *Manpower*. Dieses Problem müsste zusammen mit den Forstleuten gelöst werden.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): IPR005 ist ein Verpflichtungskredit über insgesamt 470'000 Franken. Es geht jetzt hier noch um die zweite Tranche – 170'000 Franken – die im 2020 noch zu bezahlen ist. Sie haben im Oktoberbrief auch den Antrag des Regierungsrats gesehen. Da gegen die bereits abgeschlossene Ausschreibung ein Rechtsmittel ergriffen wurde, konnte das Fahrzeug im 2019 noch gar nicht bestellt werden. Das Rückefahrzeug wird jetzt also komplett im 2020 bestellt und auch ausgeliefert werden. Aber Sie können nicht mehr beantragen, den Verpflichtungskredit zu streichen.

tungskredit oder diese Tranche von 170'000 Franken zu streichen. Im Übrigen gibt es inhaltlich zu Ihren aufgeworfenen Fragen durchaus andere Sichtweisen. Zum Beispiel, dass eben ein Rückefahrzeug genau verhindert, dass der Wald grossflächig durch schwere Fahrzeuge belastet wird, sondern nur in sogenannten Rückegassen mit gewissen Abständen.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Es wird jetzt mindestens in Zweifel gezogen, ob eine Abstimmung überhaupt rechtens ist. Ich möchte diesbezüglich unseren Rechtsberater anfragen, wie diese Sachlage zu sehen ist, bevor wir weiter diskutieren.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Wenn ich richtig verstanden habe, handelt es sich um einen Verpflichtungskredit, der mit dem letztjährigen Budget 2019 bewilligt worden ist und hier noch eine Resttranche eingestellt war. Die einzelne Tranche können Sie nicht herausstreichen, weil Sie den Verpflichtungskredit bewilligt haben. Das können Sie meines Erachtens nicht.

Matthias Freivogel (SP): Ich möchte den Baudirektor anfragen, ob es für den Kanton finanziellen Schaden bedeutet, wenn dieses Fahrzeug nächstes Jahr nicht bestellt wird. Bitte erklären Sie uns das.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Dieses Fahrzeug wurde ausgeschrieben und die Vergabe fand bereits statt, aber gegen diese Vergabe wurde Rekurs eingelegt. Dieses Rekursverfahren ist vor Obergericht noch hängig. Die Gültigkeit ist noch nicht erreicht. Wenn ich richtig liege, dauert es noch etwa zwei Wochen bis das Urteil des Obergerichtes rechtsgültig ist und dann ist die Vergabe rechtskräftig.

GPK-Präsident Walter Hotz (SVP): Das ist schon interessant. So ein Rückefahrzeug – ich weiss nicht – kostet eine halbe Million Franken. Dann haben Sie also bereits schon einen Teil anbezahlt? Es ist etwas eigenartig, wenn Sie sagen, der eine Betrag ist schon aufgebraucht und jetzt noch der Restbetrag. Das verstehe ich nicht ganz.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Ich mache gerne nochmals einen Versuch. Sie müssen den Oktoberbrief, Seite 19 anschauen. Da ist eigentlich alles beschrieben. Im Budget 2020 ist in der Vorlage die Resttranche mit 170'000 Franken des Verpflichtungskredits enthalten. Wir beantragen eine Korrektur mit dem Oktoberbrief um 300'000 Franken, die eigentlich geplant waren, im 2019 auszugeben. Insgesamt beantragen wir mit dem Oktoberbrief, den gesamten Verpflichtungskredit von 470'000 Franken auszugeben. Bestellt ist noch nichts und es wurde auch nichts angezahlt.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Man kann die Frage von Kantonsrat Matthias Freivogel dahingehend so beantworten: Die Vergabe des Regierungsrats bestätigt, dass dieser Anbieter auf dieser Bestellung beharrt und daraus möglicherweise rechtliche Konsequenzen mit finanziellen Konsequenzen resultieren könnten. Das kann man schon so sagen. Also man kann an und für sich darüber abstimmen, aber dann weiss man halt und man muss zur Kenntnis nehmen, dass daraus ein Rechtsstreit mit finanziellen Folgen resultiert. Wenn Sie den Antrag nicht zurückziehen, müsste man so abstimmen. Dann weiss man aber noch nicht, was das für Konsequenzen haben wird.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Einfach, dass das klar ist: Der Regierungsrat beantragt Ihnen mit dem Oktoberbrief den Verpflichtungskredit, der ursprünglich auf zwei Jahre verteilt war; nämlich auf 2019 und 2020 mit 300'000 und 170'000 Franken. Dieser im letzten Jahr bewilligte Verpflichtungskredit soll nun vollständig ins Jahr 2020 verschoben werden. Der Grund ist eine Verzögerung im Rahmen des Vergabeprozesses. Die Verwaltung hat ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Diese hat die Vergabe vorgenommen. Das Obergericht hat diese Vergabe aufgehoben und weil nur zwei Bewerber im Rennen waren, hat das Obergericht gesagt, der andere Bewerber kann liefern. Das Fahrzeug ist festgelegt, wer liefert und was geliefert wird. Es ist auch bestellt in diesem Sinne. Aber es kann im Jahr 2019 nicht mehr ausgeliefert werden, sondern erst 2020. Ich muss aber richtigerweise sagen, der Entscheid ist noch nicht rechtskräftig. Aber wenn dieser Entscheid rechtskräftig wird, ist klar, welcher Lieferant und welches Fahrzeug das ist. Damit muss man diesen bewilligten Kredit ins 2020 verschieben. Das ist alles.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Die Frage ist ja, ob wir über den Antrag abstimmen können? Nach ihrem Dafürhalten geht das nicht? Oder?

Stefan Bilger: Nein, Sie haben den Verpflichtungskredit letztes Jahr bewilligt. Es geht nur um eine Verschiebung der Tranche.

Andreas Schnetzler (EDU): Sehr geehrte Kollegin Wildberger: Ich bitte Sie, Ihren Antrag zurückzuziehen und zwar zum Wohle des Waldes. In meinen jungen Tagen war ich Teilzeit in der Forstverwaltung tätig. In der ersten Phase wurde noch mit Traktoren und Seilwinden gerückt und ich kann Ihnen Folgendes sagen: Die Quadratmeterdrücke von den Rücketraktoren waren bedeutend höher, wie heute von den Rückefahrzeugen, die vielleicht oberflächlich ein sogenanntes «Geschmier», aber die Tiefenverdichtung nicht gleich ist. Das noch viel wichtigere Argument: Bei

der Holzbrücke mit der Seilwinde, haben wir sehr viele Bäume an den Wurzeln verletzt und an diesen Verletzungen sind sehr viele Bäume «kaputtgegangen» oder haben eine Wertminderung erlebt und darum ist mit der Anwendung der Rückfahrzeuge der Schutz des Waldes aus meiner Sicht klar besser, wie wenn man wieder auf Seilwindenzug zurückginge. Man könnte noch den Helikopter holen, aber dann müssen wir viel Geld haben. Ich weiss aus dem Berggebiet, was das kostet. Ich kann Ihnen wirklich empfehlen, diesen Antrag zurückzunehmen. Für den Wald ist es nicht besser mit der Seilwinde, das kann ich Ihnen garantieren.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Es hat keinen Sinn, dass wir die Diskussion verlängern, da wir über diesen Antrag so nicht abstimmen können.

Kurt Zubler (SP): Ich möchte die Diskussion nicht verlängern. Ich möchte etwas lernen. Weshalb ist das so, dass ein Fahrzeug über einen Verpflichtungskredit von zwei Jahren beschlossen wird? Das verstehe ich nicht und möchte lernen, weshalb das so stattfindet.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Ich gehe davon aus, dass wir bereits im letzten Jahr, als dieser Verpflichtungskredit gestellt wurde, damit rechnen mussten, dass das Fahrzeug nicht innerhalb eines Jahres oder innerhalb von drei oder vier Monaten geliefert werden kann, sondern dass auch eine Anzahlung fällig wird. Das sind Sonderfahrzeuge, die sich, Sie sehen es, vom Betrag her im grösseren Umfang befinden. Die Lieferfähigkeit war diesbezüglich nicht klar und ob das im Jahr 2019 geschehen kann.

EPR 0038; 2405 Wirtschaftsförderung und IPR 0065; 2405 Wirtschaftsförderung

Daniel Preisig (SVP): Ich bin ehrlich gesagt ein wenig überrascht, dass die Regierung einen Gegenantrag stellt, nachdem ich geglaubt hatte, in der GPK und auch an der letzten Ratssitzung die Verwendung von Verpflichtungskrediten endlich geklärt zu haben. Worum geht es hier? Es geht um die Verpflichtungskredite für die Wirtschaftsförderung; diese einzelbetrieblichen Fördermassnahmen, die wir mit dem Gesetz, das wir jetzt in der ersten Lesung beraten haben, vom Kantonsrat bewilligen müssen. Der Regierungsrat hat zweimal 4 Mio. in das Budget in der Absicht eingestellt, diese dann jeweils über vier Jahre zu verwenden. In der GPK haben wir das lange diskutiert und eine Mehrheit war der Ansicht, dass das nicht zielführend ist und stattdessen quasi wieder der Verpflichtungskredit aufgestockt werden soll, sofern dies notwendig ist. Das heisst, sofern die Regie-

zung diesen Verpflichtungskredit beansprucht, wir dann wieder ein bisschen mehr Spielraum geben. Die Frage ist entsprechend, wieviel Spielraum wir geben müssen. Wenn wir – wie die Regierung es beantragt – zweimal 4 Mio. beschliessen, könnte die Regierung nächstes Jahr schon zweimal 4 Mio. sprechen. Das haben wir vorgesehen bei diesem Beispiel Verpflichtungskredit. Die Tranchen sind ja nur deklaratorisch eingestellt. Da können wir auch nichts mehr streichen, wie vorhin gesehen. Darum denke ich, dass zweimal 4 Mio. unverhältnismässig sind. Stattdessen haben wir zweimal 2 Mio. eingestellt. Das bedeutet, dass die Regierung zudem je 1 Mio. geplante Tranche, das Doppelte, also zweimal 2 Mio., das heisst 4 Mio. sprechen könnte nächstes Jahr. Natürlich ist mit diesem Antrag auch die Idee verbunden – wie ich es gesagt habe – dass der Kantonsrat nächstes Jahr diesen Kredit, sofern notwendig, wieder aufstocken kann, bis wir dann maximal bei den 20 Mio. sind, die im Gesetz auch vorgeschrieben sind. Es geht hier also nicht um einen Sparauftrag oder ähnlich. Die Tranche, die eingestellt ist, ist unverändert. Aber es geht um die Frage, wie die richtige Dosierung ist. Wieviel Spielraum braucht die Regierung maximal, damit sie diese einzelbetrieblichen Fördermittel sprechen kann. Für mich geht es auch ein bisschen um das Verständnis, wie dieses Gesetz angewendet werden soll. Ich denke, es macht Sinn, dass wir mit dem Spielraum nicht übertreiben; vor allem wenn wir daran denken, dass wir dieses Gesetz auch noch beraten müssen und dann – davon gehe ich aus – damit vor das Volk müssen. Darum mache ich Ihnen namens der GPK beliebt, dass wir bei diesen zweimal 2 Mio. bleiben, mit dem Versprechen nächstes Jahr bei Bedarf wieder aufzustocken.

Regierungsrat Ernst Landolt (SVP): Kantonsrat Daniel Preisig hat es eigentlich erwähnt: Es geht um den Spielraum und die Flexibilität. Die Sache ist so: Wir haben unter HRM1 die Verpflichtungskredite für einzelbetriebliche Fördermassnahmen. Um das geht es nämlich. Jeweils im ersten Budgetjahr wird die grösstmöglicher Summe über die gesamte Laufzeit von zehn Jahren gesprochen. Das war schon zweimal der Fall. Das Instrument gibt es schon seit 20 Jahren. Jetzt würden wir in die dritte Dekade einsteigen und jetzt soll quasi plötzlich alles anders werden. Es ist so, dass der Regierungsrat bis 2019 die Möglichkeit hatte, diesen Verpflichtungskredit von 20 Mio. vollumfänglich für einzelbetriebliche Fördermassnahmen einzusetzen. Allerdings hat der Regierungsrat diese Mittel immer sehr zurückhaltend eingesetzt. Wenn ein Unternehmen davon Gebrauch machen oder von diesen Massnahmen profitieren möchte, muss dieses Unternehmen einen strengen Kriterienkatalog erfüllen. Die Regierung hat in den letzten 20 Jahren wirklich zurückhaltend und verantwortungsvoll gehandelt. So haben wir beispielsweise von den möglichen 20 Mio., die wir hätten einsetzen können, in den letzten zehn Jahren lediglich gut 6 Mio.

Franken eingesetzt. Ich habe das Votum von Kantonsrat Daniel Preisig ein bisschen als Misstrauensvotum gegenüber der Regierung empfunden. Es gibt aber überhaupt keinen Anlass, misstrauisch gegenüber der Regierung zu sein – mindestens nicht in diesem Bereich. Wir haben ja bewiesen, dass wir sehr haushälterisch mit diesen Mitteln umgehen. Es geht um den Spielraum. Wir haben diese beiden Positionen, die erwähnt worden sind. Einerseits geht es um die Möglichkeit, Investitionsbeiträge zu geben, andererseits darum, Betriebsbeiträge zu geben. Sie müssen sich die Praxis vorstellen, wenn ein Unternehmen am Standort Schaffhausen interessiert ist. Es kann übrigens auch ein ansässiges Unternehmen sein, das investieren, oder expandieren will. Es kann aber auch ein Unternehmen sein, das wir hier ansiedeln möchten. Wenn wir dann vor die Frage gestellt werden, was wir an Unterstützungsbeiträgen oder Förderbeiträgen bieten können und dann sagen müssen: Wir müssen zuerst – also wenn der Betrag eine gewisse Höhe übersteigen würde – zuerst mit dem Kantonsrat sprechen und bei der nächsten Budgetdebatte können wir das dann vielleicht klären. Dann – muss ich Ihnen sagen – besteht das Risiko, dass das Unternehmen, das ja auch andere Standorte prüft, sagt: Okay, schauen wir einmal, wo es schneller geht und wo wir unkomplizierter und flexibler behandelt werden. Das ist der Grund, weshalb wir diese Einstellung gemacht haben, dass wir für die nächsten vier Jahre je 2 Mio. pro Jahr eingestellt haben und damit wir diese Flexibilität haben. Ich bitte Sie, diesen Spielraum der Regierung zur Verfügung zu stellen. Um diese Flexibilität zu gewährleisten, bitte ich Sie, den beiden Anträgen der Regierung stattzugeben. Es ist nicht angedacht, dass wir jetzt in einem Jahr – so, wie es Herr Preisig kolportiert – 8 Mio. herausnehmen wollen. Das wird auch nicht der Fall sein. Aber es könnte der Fall eintreten, dass eine grössere Unternehmung auf uns zukommt und wir dann schnell handeln können müssen. Ich bitte Sie, bei den beiden Anträgen der beiden Positionen der Regierung zu folgen.

Matthias Frick (AL): Ich bin jetzt schon ein wenig verwundert, dass sich die Regierung hier mit «Verve» einsetzt, aber bei den Stellen von Christian Amsler weniger. Das erstaunt mich. Nun gut. Ich habe in der GPK mit Dani Preisig und seinen Kollegen gestimmt – das bekenne ich hier. Ich kann seiner Argumentation folgen und ich bin weiterhin der Meinung, dass dies richtig war. Ich bin der Ansicht, dass für den Regierungsrat ein Spielraum von zweimal 2 Mio. Franken pro Jahr bei den einzelbetrieblichen Fördermitteln ausreichen müsste. Wenn der Regierungsrat wider Erwarten alle Gelder im ersten Jahr bereits aufbrauchen würde, kann er mit dem nächsten Budget einen neuen Verpflichtungskredit beantragen. Ich sehe das Problem wirklich nicht. Das muss er dann natürlich gut begründen und erklären, weshalb er auf einmal eine solche Summe in einem Jahr ausgegeben hat. Das führt zu mehr Transparenz, was ich begrüsse und gleichzeitig

bringt es objektiv gesehen keinen Schaden, wenn wir das am Votum von Ernst Landolt messen. Es wird dem Regierungsrat einfach nicht die volle Kompetenz über den ganzen Betrag von zwei mal 4 Mio. in die Hand gegeben. Das finde ich eigentlich gut.

Patrick Strasser (SP): Aus meiner Sicht geht es bei diesem Antrag der GPK wirklich um nichts Anderes als um ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung. Wie hat es die Regierung bis jetzt gehandhabt? Wenn wir auf Seite 97, wo wir den Verpflichtungskredit IPR0065 finden, nur eine Zeile weiter oben betrachten, sehen wir dort den Verpflichtungskredit IPR0064. Das ist die alte Tranche der Wirtschaftsförderung von 2010 bis 2019. Der damalige Verpflichtungskredit war nicht 2 oder 4 Mio., sondern 20 Mio. Franken. Soviel hat das Parlament dazumal als Verpflichtungskredit gesprochen. Von diesen 20 Mio. sind bis Ende des letzten Jahres gerade einmal rund 4 Mio. gebraucht worden. Die Kreditrestanz liegt bei 16 Mio. Im Budget ist noch einmal eine Tranche. Im Budget 2019 wurde eine Tranche von 1 Mio. eingesetzt, ergibt ein Kreditverfall von 15 Mio. Also, von den 20 Mio. hat die Regierung nur 5 Mio. gebraucht. Das ist meines Erachtens sogar zu wenig. Wie auch immer. Was ich der Regierung nicht unterstellen kann, ist, dass sie das Geld unkontrolliert ausgibt und damit irgendetwas macht, das wir gar nicht wollen. Ich denke, Wirtschaftsförderung ist mindestens so viel wert und ich möchte beliebt machen, dass wir bei zweimal 4 Mio. bleiben.

Daniel Preisig (SVP): Ich muss leider nochmals sprechen, weil ich nicht wusste, was meine Nachredner sagen werden. Ich habe zwei Punkte, von denen ich glaube, dass sie wesentlich sind. Erstens hat Regierungsrat Landolt gesagt, dass die 20 Mio. gut verwendet worden seien. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Nur, was natürlich anders war, ist, dass unter dem alten Finanzhaushaltsgesetz die Tranchen verbindlich waren. Also mit anderen Worten: Diesen Traktor hätten wir mit dem alten Finanzhaushaltsgesetz herausstreichen können – mit dem Neuen nicht. Das ist der grosse Unterschied und das ist auch eine Antwort an Patrick Strasser: Ja, hier gibt es eine Umkehr der Mechanik und ich meine, wenn wir nochmals – ich habe das schon vor zwei Wochen hier drin gesagt, dem Regierungsrat einen Verpflichtungskredit von 20 Mio. hätten geben wollen, bräuchte es gar kein Gesetz für die Wirtschaftsförderung. Dann könnten wir heute einfach einen Verpflichtungskredit über 20 Mio. beschliessen und diesen Kredit dem obligatorischen Referendum unterstellen. Dann könnte der Regierungsrat die Tranchen selber frei einsetzen, aber das war ja genau nicht die Idee, als man dieses Gesetz gemacht hat. Man hat dem Kantonsrat die Sonderkompetenz gegeben, damit dieser dann in einer geschickten Do-

sierung, das ist das, was wir zehn Jahre lang machen müssen, diesen Verpflichtungskredit dann immer stückweise aufstocken, sodass die Regierung immer genug Spielraum hat – einen vernünftigen Spielraum – und hier haben wir die Differenz.

Abstimmungen

EPR0038, 2405; Wirtschaftsförderung Betriebsbeiträge

Dem Antrag der Regierung auf einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 4 Mio. Franken wird mit 25 : 24 Stimmen zugestimmt.

IPR0065, 2405; Wirtschaftsförderung Investitionsbeiträge

Dem Antrag der Regierung auf einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 4 Mio. Franken wird mit 26 : 23 Stimmen zugestimmt.

EPR0036; 2217

Verschiedene Finanzierungen und allg. Projekte ED

Erich Schudel (JSVP): Ich habe eine kurze Frage. Hier geht es um verschiedene Finanzierungen und allgemeine Projekte des ED wie Medien und Informatik-Lehrplan 21. Wir haben ja nun den Kreditantrag mit diesem Budget von 685'000 Franken. Mich würde in kurzen Worten der Stand dieser Projekte interessieren und wie viele Gemeinden oder Schulgemeinden schon evaluiert sind. Ich habe in letzter Zeit nicht mehr so viel gehört, um was es in diesen Projekten geht und es nähme mich wunder.

Regierungsrat Christian Amsler (FDP): Wir haben ja bei diesem Sparauftrag, den die GPK uns auferlegt hat, auch dieses Projekt rausgestrichen – es geht um 685'000 Franken. Der Grund ist klar. Die Vorlage ist ja noch nicht bei Ihnen, da sie noch nicht überwiesen ist. Es geht um das grosse Vorhaben «Medien und Informatik», wo alle Gemeinden gemäss Lehrplan 21 aufrüsten müssten. Sie werden über diese Vorlage noch befinden. Die kommt zuerst in die Regierung. Es geht dort darum, dass sich der Kanton vor allem an den Personalkosten beteiligen will. Da wollen wir ein Zeichen setzen. Aber die Infrastruktur ist Sache der Gemeinden. Wir haben in diesen Tagen über die Fraktionspräsidien eine Information verschickt. Die hat Luz Kohlberg versendet. Das ist eine umfassende Information genau in deinem Sinn, gemäss deiner Frage. Es geht um vier Vorlagen, die engen

Bezug zueinander haben, nämlich die Ressourcensteuerung, die MI-Vorlage, die geleiteten Schulen und die Integrative Schulform ISF. Wir erklären dort, wie der Status ist, wie das zusammenhängt und in diesem Sinne erhalten Sie dann, wenn das über Ihren Fraktionspräsidenten verschickt wird, umfassende Information.

Matthias Frick (AL): Es tut mir leid, dass ich damit kommen muss. Ich möchte zum letzten Geschäft, über das wir Abstimmungen abgehalten haben, einen Rückkommensantrag stellen, nämlich zu dieser «Wirtschaftsförderungsverpflichtungskreditgeschichte», EPR0038 auf Seite 93 und IPR0065 auf Seite 97. Zur Begründung möchte ich nichts weiter anführen, weil ich ja vorhin schon gesprochen habe, aber ich habe nicht abgestimmt. Hätte ich abgestimmt, hätte es einen Stichentscheid gegeben. Ich weiss, der wäre auch nicht zu meinen Gunsten ausgefallen, aber in der Zwischenzeit habe ich vielleicht ein «Fraktionsgspänli» mehr von mir überzeugen können. Daher bin ich durchaus der Ansicht, dass das Potenzial besteht, dass diese Abstimmung jetzt anders ausgeht.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Wir werden jetzt zuerst darüber abstimmen, ob wir diesen Rückkommensantrag zulassen. Und erst dann werden wir allenfalls nochmals inhaltlich zu diesem Antrag sprechen.

Marcel Montanari (JFSH): Es ist tatsächlich so, dass das einmal passieren kann und dann sollten wir nicht zu kleinlich sein, weil doch relevante Entscheide gefällt werden. Es kann sein, dass das bei relevanten Fragen passiert und dort, wenn es wirklich ein Missgeschick gibt, finde ich, ist es richtig, dass man nochmals ausmehrt. Ich finde es aber noch aus einem anderen Grund spannend. Wir hatten eine *Fifty-fifty*-Variante – 4 Mio. zu 2 Mio. Warum sprechen wir nicht über 3 Mio.? In einer solchen Situation, wenn wir zwei fast gleichgrosse Gruppierungen haben, wäre es vielleicht auch zu später Stunde eine Überlegung wert, über einen Kompromiss zu sprechen. Deshalb werde ich dem Rückkommen zustimmen und nachher inhaltlich allenfalls noch einen Kompromiss vorschlagen.

Abstimmung

Der Rückkommensantrag von Matthias Frick wird mit 28 : 24 Stimmen abgelehnt.

1000 Kantonsrat

GPK-Präsident Walter Hotz (SVP): Eine Frage zu Seite 10 im Querformat; Kontonummer 1000, Kantonsrat. Ich habe eine Frage für die Zukunft. Wir haben die PUK, die arbeitet und da sind für das Jahr 2020 insgesamt 68'000 Franken eingestellt. Es würde mich interessieren, wie eigentlich der Stand dieser Spezialkommission ist. Die schwebt irgendwo in höheren Sphären und ich weiss nicht, wer eigentlich die Arbeit der PUK kontrolliert. Ich habe einmal gehört, dass sei der Präsident des Kantonsrats. Es würde mich schon interessieren, wie der momentane Stand dieser parlamentarischen Untersuchungskommission ist.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Das gesamte Parlament hat die Bildung einer PUK mit grosser Mehrheit angenommen und hat fünf Mitglieder aus seiner Mitte erkoren, diese Arbeit in Treu und Glauben auszuführen. Die Verantwortung über die inhaltliche Arbeit, die in dieser PUK gemacht wird, hat ganz alleine die PUK. Der Rat und wir als Büro vom Rat, oder ich als Präsident dieses Büros, können höchstens dann eingreifen – so mein Verständnis – wenn Reklamationen über das vielleicht ungebührliche Vorgehen der PUK bei mir eingehen würden. Oder über unrechtmässiges Vorgehen der PUK. Solche sind mir nicht zu Ohren gekommen. Über die inhaltliche Untersuchung der PUK weiss ich nichts. Das ist auch gut so. Das ist ganz genau so gewollt und darum kann ich Ihnen über die inhaltliche Arbeit der PUK nichts sagen und das ist ganz bewusst so. Natürlich sind wir im Austausch mit der PUK-Präsidentin Regula Widmer und ich weiss in etwa über die Zeitspanne Bescheid, aber mehr weiss ich nicht.

Regula Widmer (GLP): Die PUK hat entschieden, dass sie das Kommissionsgeheimnis hochhält und nichts zum Prozess sagen wird. Wir können Ihnen aber versichern, dass wir Sie mit einem genügenden zeitlichen Vorlauf informieren werden. Mehr gibt es leider nicht zu sagen.

GPK-Präsident Walter Hotz (SVP): Frau Präsidentin, Ihre Aussagen waren ja sehr interessant. Also die Verantwortung liegt beim Parlament. Welche Verantwortung haben wir? Bitteschön: Jetzt ist die PUK ein Jahr an der Arbeit und es sollte mal ein Abschluss kommen. Man kann ja nicht ewig untersuchen und nicht zu einem Entscheid kommen.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Ich möchte mich nicht wiederholen. Ich habe alles dazu gesagt. Dann ist das Thema abgeschlossen.

2100 Departement des Innern

2104 Jagd und Fischerei

Konto 3010.00; Schaffung neuer 30%-Stelle eines Jagd- und Fischereiadjunkten

Thomas Stamm (SVP): Ich möchte mit einem Rückkommen wieder an den Anfang der Sitzung zurückkommen; Seite 17 im Querformat, 2104 Jagd und Fischerei, 3010.00; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Ich stelle Ihnen nochmals den Jagd- und Hilfsfischer zur Disposition und stelle den Antrag auf Streichung. Regierungsrat Vogelsanger hat uns erklärt, dass Herr Vögeli als Jurist dies nebenher gemacht hat. Sein Nachfolger war dann ein Nichtjurist und Zahlenmensch. Auf seinen erneuten Nachfolger sind wir gespannt. Ich empfehle jetzt schon: Nehmen Sie wieder einen Juristen, der kann das auch wieder im selben Aufwisch erledigen. Es gibt aber wahrscheinlich noch einen anderen Grund: Das neue Jagdgesetz auf nationaler Stufe, das von nationalen Ständerat verabschiedet wurde. Am 8. Oktober 2019 haben die Naturverbände Pro Natura, WWF, Bird live, Gruppe Wolf Schweiz sowie Zoo Schweiz, Schweizer Tierschutz das Referendum ergriffen und werden eine Abstimmung erzwingen. Unser Regierungsrat hat in voreiligem Gehorsam bereits eine Stelle geschaffen. Ich weiss zwar eigentlich nicht warum? Von Wolf, Luchs und Bär ist mir schlichtweg nichts bekannt und darum können wir diese Stelle jetzt locker streichen, bis nach einer Abstimmung. Die wird dann wahrscheinlich in etwa zwei Jahren daherkommen und wir können uns somit diese Stelle ersparen. Ich bitte Sie, diesem Antrag stattzugeben.

Abstimmung

Der Rückkommensantrag von Thomas Stamm wird mit 30 : 20 Stimmen abgelehnt.

Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP): Zu diesem Zeitpunkt wäre wiederum ein Zwischenstand sehr hilfreich.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Wir haben bei einem Steuerfuss von 105% und bei einer Lohnentwicklung von 2.7%, ein Minus von 2.015 Mio. Franken. Wenn man dem Regierungsrat folgen würde, also einem Steuerfuss von 108% und 2.75% Lohnentwicklung, ergibt sich ein Plus von 6.5 Mio. Franken. Dann möchte ich noch zwei, drei Worte zum Steuerfuss sagen. Auf der Tabelle sehen Sie die Einkommenssteuern der natürlichen Personen gemäss Vorlage des RR vom 29.10.19, die sich aufgrund der aktualisierten Zahlen um 1.4 Mio. Franken erhöht haben. Auch die Vermögenssteuern sind um 0.4 Mio. Franken gestiegen.

Entwicklung Steuerfuss und Steuerertrag Budget 2020 Antrag RR (Stand Oktoberbrief) vs. Antrag GPK



in Mio. Franken	B2020 Vorlage RR 03.09.	B2020 Vorlage 19-93 RR 29.10.	B2020 Vorlage 19-57 GPK 01.11.
Einkommenssteuern natürliche Personen	196.4	197.8	192.4
Vermögenssteuern natürliche Personen	32.0	32.4	31.5
Personensteuer	1.4	1.4	1.4
Quellensteuer natürliche Personen	27.5	27.5	26.8
Total natürliche Personen	257.3	259.1	252.1
Gewinnsteuern juristische Personen	44.2	52.2	51.0
Kapitalsteuern juristische Personen	2.4	4.3	4.2
Total juristische Personen	46.6	56.5	55.2
Vermögensgewinnsteuern	7.4	7.4	7.1
Erbschafts- und Schenkungssteuern	8.0	8.0	8.0
Spielbanken- und Spielautomatenabgabe	1.8	1.8	1.8
Total direkte Steuern	321.1	332.8	324.2

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

KR-Sitzung vom 18. November 2019
Budget / Finanzplan 2020 – 2023

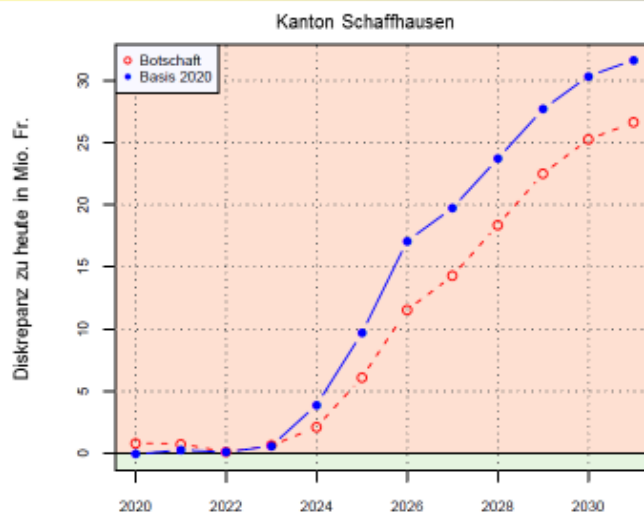
Steuerfuss 108 %

Steuerfuss 105 % Seite 18

Die Gewinnsteuern der juristischen Personen nehmen aufgrund der aktualisierten Zahlen per 29.10.19 gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Regierungsrats um 8 Mio. Franken zu. Die Kapitalsteuern der juristischen Personen nehmen um 1.9 Mio. Franken zu. Hintergrund der Anpassung war einerseits, dass wir beim Oktoberbrief die aktuellen Zahlen hatten. Andererseits hängen die besseren Zahlen auch zum Teil mit der Annahme von STAF zusammen. Als wir vor einem Jahr budgetiert haben, wussten wir noch nicht, ob das Gesetz auf eidgenössischer Ebene durchkommen und wie die kantonale Umsetzungsvorlage ausschauen wird. Da die Umsetzung von STAF jetzt auch im Kanton Schaffhausen rechtskräftig geworden ist, hat dies auch eine gewisse Auswirkung auf die Steuereinnahmen im Jahre 2019, im dem Sinne, dass viele Firmen jetzt von den Übergangslösungen der STAF profitieren wollen, was schon dieses aber vor allem nächstes Jahr einen gewissen *Impact* haben wird. Wir haben eine gewisse Vermischung. Einerseits haben wir eben den Mittelwert der Rechnung 2018. Wir haben die Prognose 2019 und wir haben das erwartete Steuerertrag 2020 genommen und sind dann zu diesen Zahlen gekommen. Das führt eben dazu, dass wir die finanzpolitische Reserve nicht anknabbern müssen. Dieses Jahr konnten wir diese 8.4 Mio. Franken, die wir aus diesen zwei finanzpolitischen Reserven entnommen hätten, sein lassen und wir brauchen sie auch nicht mehr. Wir entnehmen lediglich einen Betrag für die geplante KITA-Vorlage aus der finanzpolitischen Reserve für die demografische Massnahme «Vereinbarkeit von Familie und Beruf». Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personengehen wir davon aus, dass der Referenzwert, den wir genommen haben – das wären 55 Mio. Franken, damit wir überhaupt aus der zweiten finanzpolitischen Reserve

etwas hätten nehmen können – übertroffen wird. Wir rechnen 2020 mit 56.5 Mio. Franken Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Davon ausgehend hatte die Geschäftsprüfungskommission im Rahmen des Oktoberbriefes dann den Antrag auf eine weitere Steuerfussenkung um 3% gestellt. Wir haben 108% beantragt und halten auch daran fest. Die GPK möchte 105% und Sie sehen auf dieser Folie, was das zur Folge hat. Das Total der natürlichen Personen verringert sich mit dieser Steuersenkung um 7 Mio. Franken. Das Total der juristischen Person um 1.3 Mio. Franken und die Vermögensgewinnsteuern reduzieren sich um 300'000 Franken. Das Total der direkten Steuern sinkt somit um insgesamt 8.6 Mio. Franken auf 324,2 Mio. Franken. Wir bitten Sie, am Steuerfuss von 108% festzuhalten. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass eine solche Steuerfussenkung auf 105% mittelfristig nicht realistisch ist. Wieso, werde ich Ihnen auf der nächsten Folie zeigen und zwar kommen wir jetzt zum Finanzausgleich.

Simulation Finanzausgleich im Rahmen der STAF



Wir haben eine Simulation der eidgenössischen Steuerverwaltung eingeholt. Simulationen sind immer etwas mit Vorsicht zu geniessen. Aber sie zeigen doch eine gewisse Tendenz und das heisst, dass wir mit einem Sprung von 32 Mio. Franken rechnen müssen. Im Jahr 2020 bewegt sich der Finanzausgleich in Höhe von gut 20 Mio. Franken. Im Finanzplan 21 bis 23 zwischen 21 und 23 Mio. Franken und dann geht es abwärts. Wir rechnen längerfristig damit, dass wir nicht mehr 20 Mio. kriegen, sondern dass wir Zahlungen in der Höhe von etwa 10 Mio. Franken leisten müssen. Das bedeutet ein Delta von etwa 30 Mio. Franken. Das hat einerseits damit zu tun, dass wir dann die Zeche für die fetten Jahre bezahlen müssen, was

immer zeitverschoben ist. Wir profitieren jetzt noch von diesen mageren Jahren, werden dann aber irgendwann auch wieder die Zeche bezahlen müssen für die guten Jahre. Auch hat es mit der STAF eine Änderung bei den Faktoren gegeben, weil früher ja die Statusgesellschaften anders bewertet wurden. Mit der STAF gibt es ja keine Statusgesellschaften mehr. Ich möchte einfach auf diese Entwicklung hinweisen, damit sie nicht sagen, Sie hätten nicht «*en connaissance de cause*» entschieden. Ich sage nochmals: Es ist eine NFA-Simulationsrechnung. Ich will nicht sagen, dass das dann so eintritt. Bitte behaften Sie mich nicht, da es immer auf sehr viele Faktoren darauf ankommt. Es kommt einerseits auf unsere Ergebnisse an, aber es kommt auch darauf an, wie die *Performance* der anderen Kantone ist. Darum ist es auch immer schwierig vorauszusagen, was man beim NFA erhalten wird. Aber ich glaube die Tendenz ist sichtbar. Darum bitte ich abschliessend nochmals, dass Sie beim Antrag des Regierungsrats bleiben.

GPK-Präsident Walter Hotz (SVP): Tatsache ist, dass die Regierung in den letzten Jahren bezüglich der Steuereinnahmen stets völlig daneben lag. Wir hatten ja unheimliche Steuereinnahmen und die Finanzreferentin hat soeben gesagt, dass alles zeitverschoben ist. Wir haben jetzt also die Steuerveranlagungen 2018, also die Einnahmen von 2018 und im 2020 vom 2019 und das sind sehr gute Jahre gewesen. Bezüglich der Einnahmen von der Nationalbank haben wir auch nichts gehört. Da hat man auch vor etwa einem Monat lesen können, dass eine unwahrscheinlich hohe Ausschüttung kommen wird. Von dem her müssen Sie uns keine Angst machen. Es ist mir natürlich schon klar: Steuererhöhungen sind für Exekutivmitglieder immer etwas unangenehm. Aber eines müssen Sie im Auge behalten: Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmer wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben, sprich Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Ich bitte Sie, dem Steuerfuss von 105 Prozentpunkten zuzustimmen, weil wir nämlich die Steuereinnahmen haben. Dieses Konto haben wir ja gar nicht angeknabbert. Also man könnte ja sagen, wenn jetzt ein Minus ist, erhöhen wir die Steuereinnahmen und ich bin hundertprozentig überzeugt, dass die Steuereinnahmen von 2019 und 2020 wieder völlig anders sind wie budgetiert. Ich kann mich gut an die EP14-Diskussion erinnern. Es gab ein sehr gutes Referat von Christian Heydecker, der gesagt hat, die Wirtschaft wird sich so und so entwickeln und die Wirtschaft hat sich ja unwahrscheinlich entwickelt, aber nicht, weil der Staat gespart hat, sondern weil die juristischen Personen

und auch die natürlichen Personen Steuern bezahlt haben und der Staat hat es nicht fertiggebracht, hier gleich zu ziehen und zu schauen, dass die Ausgaben mindestens stabilisiert werden. Stimmen Sie der Steuersenkung auf 105 Prozentpunkte zu.

Matthias Freivogel (SP): Die SP-Juso-Fraktion ist auf dem Boden der Regierungsrätlichen Vorstellungen, wie wir sie gehört haben und unsere Devise lautet, die Steuern sollten so hoch wie nötig und so tief wie möglich sein. Wenn wir heute das Resultat anschauen, ist meiner Auffassung nach eine Steuerfussenkung im Bereich von 2% gut vertretbar. Meines Erachtens wären sogar 3% tragbar. Wir haben die Zahlen gehört. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, Frau Finanzdirektorin. 6.5 Mio. plus, dann minus 2.8 Mio., das gäbe etwa 3.7 Mio. und ich denke, da sind wir immer noch im soliden Plus. Wir setzen aber doch ein gewisses Zeichen, mehr als die Regierung, aber eben nicht ein überbordendes Zeichen. 5% ist für uns jedoch ganz klar überbordend, nicht zuletzt vor der Perspektive und dem Hintergrund, was die Finanzdirektorin gesagt hat und deshalb beantrage ich Ihnen eine Reduktion des Steuerfusses um 3% – also auf 107 %. Ich bitte Sie, dem als Akt der Vernunft zuzustimmen.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Was das heissen würde, wenn man 3% heruntergeht, hat Beat Müller natürlich vorausschauend berechnet. Das wären dann, Herr Freivogel, hat es fast «getüpfelt», 3'677'600 Franken. Das wäre das Plus bei einem Steuerfuss von 107% und wenn es Sie noch interessiert: Ein Steuerfuss von 106% wäre dann ein Plus von 831'200 Franken.

Christian Heydecker (FDP): Liebe Kollegen – vor allem von der linken Seite. Ich bitte um ein gewisses Verständnis, dass wir an diesem Steuerfuss von 105% festhalten wollen. Zuerst noch eine Bemerkung zu den Prognosen unserer Finanzdirektorin; also Prognosen bis ins Jahr 2030. Die Steuerfussenkung, die wir heute beschliessen, gilt nur für ein Jahr. Wir beschliessen im nächsten Jahr wieder etwas Anderes. Da müssen Sie nicht mit einer Prognose bis ins Jahr 2030 kommen, wenn wir heute über den Steuerfuss für das Jahr 2020 diskutieren. Das ist unlauterer Wettbewerb, würde ich mal sagen, wenn man das auf den Politbetrieb übertragen dürfte. Jetzt, wie gesagt, zu den Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite. Ich kann Ihnen sagen, wir hatten intensivste Diskussionen in unserer Fraktion, was die Lohnmassnahmen und die Personalanträge der Regierung anbelangt, beziehungsweise die Streichungsanträge der GPK. Mit grosser Mehrheit haben wir uns hinter die Anträge der Regierung gestellt. Das war keine einfache Sache, muss ich Ihnen sagen. Sie mögen sich erinnern, wie die Diskussionen in den vergangenen Jahren gelaufen sind.

Damals haben wir eine andere Haltung eingenommen, aber da waren auch die Rahmenbedingungen anders. Das hat uns dann bewogen zu sagen, dass wir diesen Anträgen der Regierung zustimmen. Ich war heute Nachmittag leider nicht dabei. Aber auch ich hätte diesen Anträgen allen ausnahmslos zugestimmt. Ich kann auch sagen, dass ich mich, das können meine Kolleginnen und Kollegen bestätigen, in der Fraktion vehement dafür eingesetzt habe, dass wir den regierungsrätlichen Anträgen folgen. Aber und jetzt kommt das «Aber» und das hat Beat Hedinger auch bei seinem Eintretensreferat gesagt: Für uns geht damit untrennbar einher, dass der Steuerfuss auf 105% gesenkt wird. Dass das finanzpolitisch für das Jahr 2020 tragbar ist, hat die Finanzdirektorin und auch unser finanzpolitisches Gewissen, Beat Müller, gesagt. Es resultiert ein budgetiertes Defizit von 2 Mio. Das liegt im Streubereich. Das kann genauso gut auf die andere Seite ausschlagen. Das ist eine rote Null. Das ist also verantwortbar. Wir treiben keine finanzpolitische Schindluderei, wenn wir den Steuerfuss auf 105% senken. Das Budget ist immer noch ausgeglichen und wenn im nächsten Jahr wieder etwas passiert, stehen wir in einem Jahr wieder hier und legen den Steuerfuss wieder neu fest. Daher muss ich wie gesagt noch einmal betonen und ich appelliere an die vielleicht etwas Moderateren kräftig. Ich habe keine Illusionen, dass ich mit meinem Votum einen grossen Stimmungswandel bei der SP-JUSO und AL-GRÜNE-Fraktion herbeiführen werde. Aber trotzdem wäre es schön, wenn es mindestens bei den moderaten Kräften unter Ihnen dazu führen würde, dass Sie sich vielleicht der Stimme allenfalls enthalten würden oder sogar diesen 105% zustimmen. Wenn wir diese 105% nicht haben, laufen wir Gefahr, dass in der Schlussabstimmung auf der bürgerlichen Seite sehr viele Nein-Stimmen zu diesem Budget sagen werden. Oder, wenn es trotzdem eine knappe Mehrheit für ein Budget gibt, es dann ein Budgetreferendum gibt und das will ich verhindern. Das wäre das Dümme, dass wir unserem Kanton in der jetzigen Phase antun könnten. Es liegt in Ihren Händen und mindestens wir von unserer Fraktion haben den Schritt auf Sie zugemacht. Wir haben den Anträgen der Regierung allesamt zugestimmt – wie gesagt, verbunden mit der begründeten Hoffnung und Erwartung, dass Sie dann auch einen Schritt auf uns zugehen und diese 105% akzeptieren. Wie gesagt resultiert ein ausgeglichenes Budget. Ich wiederhole mich: Wir treiben keine finanzpolitische Schindluderei und ich bitte Sie, diesem Antrag der GPK so zuzustimmen beziehungsweise sich allenfalls der Stimme zu enthalten.

Daniel Preisig (SVP): Stichwort unlauterer Wettbewerb. Ich muss jetzt doch auch noch etwas sagen. Wenn es um den Lohn des Personals geht, ist alles in Ordnung. Wir haben gute Finanzen und dann, wenn es um den Steuerfuss geht, zeichnet man schwarze Wolken an den Himmel. Ich

glaube, hier muss man schon fair sein und ich möchte Kantonsrat Christian Heydecker unterstützen. Sie können nicht grosszügig sein beim Personal und dann beim Steuerzahler knausrig. Darum sind 105% richtig. Wenn wir darüber gehen, weiss ich nicht, was unsere Fraktion macht. Die SVP-EDU-Fraktion unterstützt einstimmig die 105%.

Regula Widmer (GLP): Der Steuerfuss ist das dynamische Instrument um das Steuersubstrat je nach den ertragsrelevanten Veränderungen anzupassen. Wir haben festgestellt, dass die Dynamik mehrheitlich nur funktioniert, wenn der Steuerfuss nach unten angepasst werden sollte. Uns fehlt etwas der Glaube, dass die Anpassung nach oben mit derselben Begeisterung angegangen wird. Wenn ich von Ihnen diese Zusicherung erhalte, bin ich etwas freier im Entscheid. Für das Personal haben wir heute viel erreicht. Nun stellt sich die Frage: Wollen wir diese Errungenschaft mit dem Steuerfuss aufs Spiel setzen? Sie sehen, wir stecken in einem finanzpolitischen Dilemma. Eigentlich sind wir gegen eine Steuerfussenkung in der von der GPK geforderten Grössenordnung. Mit der von der GPK beantragten Senkung von 3% mehr als in der regierungsrätlichen Vorlage vorgesehen war, müssen wir von einem negativen Budget ausgehen. Bei 3% – wir haben es bereits von der Regierungsrätin gehört – sprechen wir von 8.4 Mio. Franken Mindereinnahmen jährlich und das freut mich nicht. Vor allem wenn ein negatives Resultat durch eine Steuerfussreduktion entsteht. Eigentlich wollte ich einen Kompromissantrag auf 107% stellen. Wenn ich das Prinzip Hoffnung auf bessere Erträge mit der Errungenschaft für das Personal in die Waagschale legen muss, bin ich geneigt, mich bei der Abstimmung zu enthalten. Damit wir das, was wir für das Personal erreicht haben, nicht aufs Spiel setzen. Ich möchte mich aber nicht erpressen lassen und in Geiselhaft nehmen lassen, wenn jetzt schon mit einem Referendum gedroht wird. Das ist genau das Problem an dieser Sache. Nun können wir sagen, wir lassen uns nicht in Geiselhaft nehmen und stellen die Errungenschaft aufs Spiel. Mein Beitrag ist, dass ich sage, ich bin kompromissbereit und dass ich Ihren Antrag nicht torpedieren werde.

Eva Neumann (SP): Wir sind von Kantonsrat Christian Heydecker mehrmals angesprochen worden, dass wir diese Kröte schlucken müssen und die 105% bewilligen sollen, weil die FDP-Fraktion allen Anträgen der Regierung gefolgt ist. Ich kann dem folgen, dass wir jetzt auch einen Schritt machen sollen. Aber wir folgen der Regierung gerne. Wir bleiben bei 108% oder wir gehen sogar noch einem Prozentpunkt weiter, wie Matthias Freivogel vorgeschlagen hat – auf 107%. Dann haben wir 2.75% für das Personal und 3% Steuerfussenkung. Schlussendlich ist das Ergebnis mit plus 3.677 Millionen gleich hoch wie im ersten Budget und auch im Budget nach der GPK.

Roland Müller (GRÜNE): Es wurde heute Morgen schon einmal festgestellt. Wir diskutieren über einen Vorschlag einer bürgerlichen Regierung. Es ist erfreulich, dass die 2.75% Lohnerhöhung für das Staatspersonal durchgekommen ist. Aber das ist schon ein Kompromiss. Dann sind die 108% schon ein Kompromiss. Es ist immer eine Frage des Fokus, wo man steht, was ein Kompromiss ist und was kein Kompromiss ist. Wenn man bedenkt, dass erheblicher Investitionsbedarf im Kanton besteht, sind meiner Meinung nach die 108% schon gefährlich. Also nochmals: Wir sind schon einen Kompromiss eingegangen. Mehr als uns lieb ist.

Kurt Zubler (SP): Lieber Christian Heydecker, wir sind tatsächlich froh, dass ihr heute so gestimmt habt und die regierungsrätliche Vorlage immer unterstützt habt. Darüber sind wir sehr froh und euch dankbar. Es wurde aber auch gesagt, es war die regierungsrätliche Vorlage. Mit vier bürgerlichen Regierungsräten. Es war nicht eine linke Vorlage. Da sind wir uns schon auch einig. Kollege Preisig hat gesagt, ja bei den Löhnen haben wir gesagt, es läuft gut, dann wollen wir bezahlen. Aber auch hier. Wir haben ja nicht mehr. Es ist nicht etwas Höheres rausgekommen. Wir haben uns an die regierungsrätliche Vorlage gehalten. Die 2.75% waren vom Regierungsrat gestellt und jetzt sagen wir auch Ja. Sie wissen, dass Steuersenkungen nicht unbedingt das sind, wofür wir uns einsetzen. Aber wir haben gesagt, die 2% sind okay. Wie ich schon erwähnt habe, es ist dieses Gleichgewicht der verschiedenen Anspruchsgruppen und wir gehen sogar so weit, dass wir sagen: Also gut, 3% wäre ein Kompromiss. Marcel Montanari hat heute Abend schon ein paar Mal von Kompromissen gesprochen, das wäre jetzt einer. Also man kann uns, glaube ich, nicht vorwerfen, dass wir jetzt einfach sagen: Nein, Steuersenkungen kommen überhaupt nicht in Frage. Das ist, finde ich, schon auch bedenkenswert.

Raphaël Rohner (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Ratsseite. Wir sprechen von der Konkordanzdemokratie und rühmen uns, diese Konkordanzdemokratie auch zu leben. Sie beinhaltet, wie zu Recht gesagt wurde, den Kompromiss. Konkordanzdemokratie ist aber auch Konsensdemokratie. Konsens heisst gemeinsam Lösungen finden und sich nicht, so wie das jetzt in der Argumentationskette der Vorredner von der linken Seite gemacht wurde, auf formalistische Argumentation zu beschränken und darauf zu kaprizieren, dass man ja nur von unserer Seite die Regierungsanträge unterstützt hätte und Sie nun grosszügig auch die Regierungsanträge unterstützen. Hand aufs Herz. Meine Damen und Herren, ich bin aus Überzeugung hinter diesen 2.75% gestanden - unabhängig von der Steuerfussenkung. Aber ich muss schon sagen, es ist gegen Treu und Glauben, wenn Sie jetzt nicht auch einen Schritt machen. Wir sind in

einer finanzpolitisch beneidenswerten Lage, ganz Europa würde uns beneiden. Nur schon, wenn wir über die Grenze gehen. In dieser finanzpolitisch beneidenswerten Lage müssen wir auch dem Steuerzahler etwas geben. Wir sind gegenüber dem Personal in Pflicht. Das haben wir gemacht. Jetzt sind wir auch gegenüber den Steuerzahlenden in Pflicht, meine Damen und Herren. Verstecken Sie sich nicht hinter Formalien. Wir haben es auch nicht gemacht. Bitte tun Sie es jetzt auch nicht.

Erich Schudel (JSVP): Ich möchte nochmals kurz zusammenfassen, was wir heute als bürgerliches Parlament beschlossen haben. Wir haben heute eine Stellenaufstockung um 11 Pensen beschlossen. Wir haben eine Lohnerhöhung von fast 3% beschlossen. Vergleichen Sie das mit der Privatwirtschaft und jetzt wollen Sie als Krönung dem Steuerzahler, der das Ganze finanzieren darf eine zweiprozentige Steuererleichterung geben. Ist das ein Antisteuerzahlerbudget? Oder was soll das sein? Wenn Sie 5% nicht bewilligen, lehne ich das ganze Budget ab.

Christian Heydecker (FDP): Nur ganz kurz. Ich bin von Regula Widmer auch direkt angesprochen worden. Wir haben den Tatbeweis erbracht, dass wir auch den Steuerfuss erhöhen können. Es war noch die Alt-Finanzdirektorin Rosmarie Widmer-Gysel, welche uns dazu gebracht hat, für ein paar Jahre den Steuerfuss zu erhöhen. Das war vor etwa vier Jahren. Das haben wir gemacht. Roland Müller: Es ist eben nicht so, dass wenn wir da in den nächsten drei, vier, fünf Jahren grosse Investitionsvorhaben haben, das das jetzt einen Einfluss auf das nächste Budget hat, auf den Steuerfuss. Wir legen den Steuerfuss für ein Jahr und nicht für fünf Jahre fest. Wir haben im vorletzten Jahr riesige Überschüsse gemacht. Wir werden in diesem Jahr einen riesigen Überschuss machen. Wenn man ehrlicherweise jetzt den Steuerfuss, also den Steuerzahlern etwas mehr zurückgibt, ist das aus meiner Sicht mehr als richtig.

Abstimmungen

Die Anträge der Regierung (Steuerfuss 108%) und von Matthias Freivogel (Steuerfuss 107%) werden einander gegenübergestellt. Mit 42 : 10 Stimmen wird dem Antrag von Matthias Freivogel zugestimmt.

Die Anträge von Matthias Freivogel (Steuerfuss 107%) und der GPK (105%) werden einander gegenübergestellt. Mit 29 : 18 Stimmen wird dem Antrag der GPK zugestimmt. Der Steuerfuss beträgt somit 105%.

Mit grossem Mehr wird die Rebsteuer auf 1 Franken pro Are festgesetzt.

Mit 49 : 2 Stimmen wird den Verpflichtungskrediten in der Höhe von 13'558'000 zulasten der Erfolgsrechnung und 16'550'000 zulasten der Investitionsrechnung zugestimmt.

Mit grossem Mehr wird den Budgets 2020 für die Spezialverwaltungen: KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds, Wärmeverbund Herrenacker und Bauernkreditkasse zugestimmt.

Mit 40 : 10 Stimmen wird das Budget 2020 und der Finanzplan 2020-2023 genehmigt.

Schluss der Sitzung: 21:54 Uhr

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6	Abst. 7	Abst. 8	Abst. 9	Abst. 10
Aellig	Pentti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
Brenn	Franziska	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	V/A/N	Ja	Ja	Ja	Ja
Brühlmann	Philipp	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Capaul	Urs	AL-Grüne	Grüne	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
De Ventura	Linda	AL-Grüne	AL	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Derksen	Theresia	FDP-CVP-JF	CVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Senioren	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Faccani	Diego	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Fioretti	Mariano	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Flück Hänzli	Rita	FDP-CVP-JF	CVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Frei	Andreas	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	V/A/N	Nein	Nein	Ja	V/A/N	Ja	Ja
Freivogel	Matthias	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	V/A/N	Ja	Ja	Ja
Frick	Matthias	AL-Grüne	AL	V/A/N	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	V/A/N	Ja	Ja	Nein
Gnädinger	Andreas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP Agro	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Gruhler Heinzler	Irene	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Härveld	Maria	GLP-EVP	GLP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja	Ja
Hauser	Thomas	FDP-CVP-JF	FDP	Enth	Enth	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hedinger	Beat	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Nein	Nein	Enth	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Heydeckler	Christian	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Hotz	Walter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Huber	Katrin	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
Isliker	Arnold	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Lacher	Stefan	SP-JUSO	JUSO	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Enth
Laich	Lorenz	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Louidice	Renzo	SP-JUSO	SP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Mannhart	Hedy	FDP-CVP-JF	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Montanari	Marcel	FDP-CVP-JF	JF	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Roland	AL-Grüne	AL	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Müller	Bruno	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Naeff	Anna	AL-Grüne	Grüne	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Neuenschwander	Andreas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Neukomm	Peter	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Enth	Ja
Neumann	Eva	SP-JUSO	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Passafaro	Marco	SP-JUSO	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Portmann	Patrick	SP-JUSO	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Enth	Nein
Rohrer	Raphaël	FDP-CVP-JF	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Scheck	Peter	SVP-EDU	SVP	Enth	V/A/N	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Schmidig	Rainer	GLP-EVP	EVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja

Nr.	Traktandum	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 1	EPR0038: 2405, Wirtschaftsförderung Betriebsbeiträge Antrag GPK: Reduktion des Verpflichtungskredits von 4 Mio. auf 2 Mio. Franken. Antrag Regierung: Antrag auf einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 4 Mio. Franken.	Ja Nein Enth V/A/N Total	24 25 2 9 60
Abstimmung 2	IPR0065, 2405 Wirtschaftsförderung Investitionsbeiträge Antrag GPK: Reduktion des Verpflichtungskredits von 4 Mio. auf 2 Mio. Franken. Antrag Regierung: Antrag auf einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 4 Mio. Franken.	Ja Nein Enth V/A/N Total	23 26 1 10 60
Abstimmung 3	Zulassung Rückkommensantrag von Matthias Frick Beantragt Rückkommen zu EPR0038 und IPR0065 (Begründung: Hat versehentlich bei der Abstimmung 1 keine Taste gedrückt)	Ja Nein Enth V/A/N Total	24 28 0 8 60
Abstimmung 4	Zulassung Rückkommensantrag von Thomas Stamm Beantragt Rückkommen zum Departement des Innern, 3104, Jagd und Fischerei, Pos. 3010 - Löhne	Ja Nein Enth V/A/N Total	20 30 1 9 60
Abstimmung 5	Steuerfuss Antrag Regierung: Festlegung des Steuerfusses auf 108% Antrag M. Freivogel: Festlegung des Steuerfusses auf 107%	Ja Nein Enth V/A/N Total	10 42 0 8 60
Abstimmung 6	Steuerfuss Antrag GPK: Festlegung des Steuerfusses auf 105% Antrag M. Freivogel: Festlegung des Steuerfusses auf 107%	Ja Nein Enth V/A/N Total	29 18 4 9 60
Abstimmung 7	Festsetzung Rebsteuer auf 1 Franken pro Are	Ja Nein Enth V/A/N Total	43 4 2 11 60

Nr. Traktandum

Abstimmung 8 Genehmigung der Verpflichtungskredite in der Höhe von 13'558'600 Franken zulasten der Erfolgsrechnung und 16'550'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung.

Abstimmung

Ja 49
 Nein 2
 Enth 0
 V/A/N 9
Total 60

Stimmen

49
 2
 0
 9
60

Abstimmung 9

Genehmigung der Budgets der Spezialverwaltungen KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichsgasse, Kantonaler Sozialfonds und Bauernkreditkasse

Ja 49
 Nein 1
 Enth 2
 V/A/N 8
Total 60

49
 1
 2
 8
60

Abstimmung 10

Genehmigung des Budgets 2020

Ja 40
 Nein 10
 Enth 2
 V/A/N 8
Total 60

40
 10
 2
 8
60

1052

P. P. **A**
8200 Schaffhausen